

Offener Brief

Kontakt:

Nicaragua-Verein Düsseldorf e.V.
c/o Regine Barth
Eduard-Schloemann-Str. 48
40237 Düsseldorf
Tel/Fax (00 49) + (0)211/ 674613
E-Mail: regine-barth@t-online.de
www.nicaragua-verein-duesseldorf.de

Düsseldorf, Nov. 2009

An die

Abgeordneten des EU-Parlamentes /Region Düsseldorf,

Abgeordneten des Deutschen Bundestages aus Düsseldorf und Umgebung.

Wir, die Teilnehmer und Teilnehmerinnen der Veranstaltung "Entwicklungsländer – die unverschuldete Krise" vom 25. Nov. 2009 in Düsseldorf, wenden uns an Sie mit der Bitte um Unterstützung.

I. Die weltweite Wirtschaftskrise trifft die Entwicklungsländer nach Einschätzung der Vereinten Nationen weitaus härter als die Industrieländer.

Obwohl diese Länder nicht für die aktuelle Krise verantwortlich sind, sind die Auswirkungen für sie am schlimmsten.

Die Ursachen der Krise finden sich, wie vielfach analysiert, in der Struktur des Finanz- und Wirtschaftssystems, das die Industrieländer geformt haben und dominieren. Die EU versucht mittels erpresserischem Druck über die WTO und in bilateraler/ regionaler Form Freihandel und den Abbau von Schutzzöllen durchzusetzen, das führt zur Zerstörung kleinbäuerlicher Strukturen und öffentlicher Daseinsvorsorge - eine der maßgeblichen Ursachen von Armut in den Entwicklungsländern (Beisp.: Regionale Freihandelsabkommen mit den AKP-Staaten). Das **EU-Parlament** warnt in seiner Entschliessung vom 8.10.2009 vor den massiven Folgen der Finanzkrise für die Entwicklungsländer und setzt sich kritisch mit den Reaktionen der Industriestaaten und Bretton-Woods-Institutionen auseinander.

II. Die Leidtragenden der Finanzkrise sind in erster Linie Frauen und Kinder:

Viele der veranstaltenden Organisationen haben ProjektpartnerInnen in verschiedenen Ländern des Südens. Sie berichten uns konkret über die wachsende **Spirale aus Armut und Gewalt**. Fast

alle von uns engagieren sich ehrenamtlich für eine andere Welt, die möglich ist.

Aus vielen Beispielen haben wir die drei folg. ausgewählt:

1. In **Zentralamerika** schliessen viele Bekleidungsfabriken, weil die Nachfrage nach Markenprodukten bei Bekleidung besonders in den USA eingebrochen ist. Es sind überwiegend junge Frauen mit wenig Bildung, über die Hälfte sind alleinerziehende Mütter, die ihre Arbeit verlieren.

Auch im **informellen Sektor** wächst die Armut. Hausangestellte werden entlassen. Kindern, die z.B. mit Autoscheibenwaschen, Schuheputzen etc. ihren Lebensunterhalt verdienen müssen, gehen die Kunden verloren.

2. Die **Unruheherde und Kriegszonen** der Welt werden z.T. indirekt durch die Krise geschürt, den Armut und Aussichtslosigkeit verschärfen oft blinden Fanatismus und Söldnerarmeen erhalten Zulauf auch aus wirtschaftlichen Gründen.

In der **Demokratischen Republik Kongo** arbeiteten 2008 rund 700.000 Menschen im informellen Diamantensektor. Viele davon können jetzt nicht mehr davon leben aufgrund der ausbleibenden Nachfrage nach Diamanten. Viele Schürfer sind demobilisierte Kämpfer aus Bürgerkriegszeiten, die nur hier eine "Arbeit" fanden. Es wird befürchtet, dass bewaffnete, gewalttätige Banden durch die Krise zusätzlich Zulauf bekommen.

3. Die "Krise bedroht selbst kleine Fortschritte im Kampf gegen **ausbeuterische Kinderarbeit**" titelt terre des hommes gerade in einer Erklärung zum 20. Jahrestag der UN-Kinderrechtskonvention. Weltweit unterliegen 126 Millionen Kinder den schlimmsten Formen der Kinderarbeit, wie z.B. die Kinder in den **Steinbrüchen in Indien und China**. Auch die ILO (Internationale Arbeitsorganisation der UNO) befürchtet die weitere Zunahme der ausbeuterischen Kinderarbeit durch die Krise.

III. Weitere Folgen der Krise, die besonders die Entwicklungsländer treffen, sind u.a.:

1. Sinkende **Rücküberweisungen der Arbeitsmigranten** oder Verlust der Arbeit. Dennoch wird die Zahl der Migranten steigen, die ihre Heimat aus Not verlassen.
2. **Sinkende Staatseinnahmen** bedeuten auch sinkende Ausgaben für Grundschulbildung und Gesundheit u.ä..
3. **Kapitalabflüsse und sinkende Direktinvestitionen** verschärfen die Situation.

IV. Für eine grundlegende Reform des globalen Wirtschafts- und Finanzbereiches

Es sind **vielfältige Maßnahmen**, die ergriffen bzw. weiterentwickelt werden müssen, um die Spirale aus Armut und Gewalt zu stoppen, z.B. Berücksichtigung sozialer und ökologischer Standards bei der öffentlichen Auftragsvergabe, Förderung des fairen Handels, Verbesserung der Armutsbekämpfung im Rahmen der Entwicklungshilfe, Abbau der EU-Agrarsubventionen u.v.m..

Aber nur die **grundlegende Umgestaltung des globalen Wirtschafts- und Finanzsystems** kann die Krise stoppen und erneuten Krisen vorbeugen.

Die Vorschläge von Fachleuten liegen seit langem auf dem Tisch. Die Expertenkommission zur Erneuerung der Weltfinanzordnung, die der Präsident der UN-Vollversammlung einsetzte, hat vor Kurzem unter der Leitung des Nobelpreisträgers **Joseph Stiglitz** dazu geeignete Vorschläge erarbeitet.

Hier eine **Zusammenfassung von Vorschlägen bzw. Forderungen von VENRO** (Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen e.V.) aus der Erklärung zur globalen Finanzkrise vom 21.11.2008):

1. Die Finanzkrise darf die Entwicklungsfinanzierung und Armutsbekämpfung nicht

gefährden. Die 0,7 %-Zusage muss fristgerecht eingehalten werden.

2. Zusätzliche Ressourcen für Entwicklung und Armutsbekämpfung auf internationaler Ebene.
3. Maßnahmen gegen Kapitalflucht und Steuervermeidung.
4. Entwicklung eines gerechteren Handelssystems und einer neuen Finanzarchitektur unter angemessener Beteiligung der Schwellen- und Entwicklungsländer.
Umsteuerung bei den Finanzmärkten: Diese dürfen die globalen Entwicklungsziele und vor allem die Armutsbekämpfung nicht konterkarieren.
5. Regulierung insbesondere von Hedge-Fonds und Ratingagenturen u.a.
6. Umfassender Regulierungsstandard für alle Finanzprodukte, um Spekulation mit Rohstoffen und Nahrungsmitteln einzudämmen.
7. Das Recht der Entwicklungs- und Schwellenländer auf Schutz sich entwickelnder Märkte.
8. Besteuerung von kurzfristigen Finanztransaktionen
9. Grundlegende Reform der internationalen Finanzinstitutionen IWF und Weltbank : Eine größere Rolle bei der Krisenbewältigung sollte der IWF nur spielen, wenn er seine Politik grundlegend ändert und in seinen Strukturen demokratisiert wird, so dass Schwellen- und Entwicklungsländer einen größeren Einfluss bekommen.
10. Grundsätzliche Lösung der Verschuldungsproblematik mit einem fairen und transparenten Schiedsverfahren und vollständige Streichung illegitimer Schulden.

Bitte tragen Sie dazu bei, daß unsere FreundInnen in den Entwicklungsländern ein menschenwürdiges Leben führen können, denn das haben sie genauso verdient wie wir.

Über eine Antwort von Ihnen freuen wir uns und möchten diese gerne bspw. auf unseren homepages veröffentlichen, wenn Sie damit einverstanden sind.

Mit freundlichen Grüßen